

## Debatte

In der Februar-Ausgabe der »ZivilCourage«, des Magazins für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK, erschien eine erste Bilanz der seit Herbst im Bundestag vertretenen Linksfraction. Der Autor René Schulz konstatiert einen starken realpolitischen Flügel in der Fraktion, der »so früh wie möglich seine Regierungsfähigkeit unter Beweis stel-

len und lästigen Ballast über Bord werfen will, wozu auch der Antimilitarismus gehört.« Seine Kritik richtet sich dabei besonders an Paul Schäfer, den verteidigungspolitischen Sprecher der Linksfraction.

Wir veröffentlichen den Beitrag von René Schulz sowie die Replik von Paul Schäfer, die wir für *Forum Pazifismus* erbeten hatten.

René Schulz

### »Lieber heute schon umfallen, damit es morgen keiner mehr merkt«

Eine radikalpazifistische Kritik an der Linksfraction

**D**ie Linkspartei im Bundestag: Manche Friedensbewegte haben sich Hoffnungen darauf gemacht, ihr Standpunkt werde durch eine starke linke Parlamentsfraction gestärkt. Schließlich hat die Linkspartei im Wahlkampf ein klares »Nein« zu »Kriegseinsätzen in aller Welt« angekündigt. Eine erste Bilanz der Fraktionsarbeit aus antimilitaristischer Sicht fällt genauso aus wie die Fraktionsarbeit selbst: zwiespältig.

#### ■ Prost statt Protest

Am 26. Oktober zelebrierte die Bundeswehr ihren Großen Zapfenstreich in Berlin. Die außen- und verteidigungspolitischen Sprecher der Linksfraction, Wolfgang Gehrcke und Paul Schäfer, hatten im Vorfeld verkündet, die Fraktion werde »die verschiedenen Formen des Protestes gegen dieses Militärritual unterstützen.« Und tatsächlich befanden sich unter den 3.000 DemonstrantInnen auch fünf Abgeordnete. Paul Schäfer war nicht darunter – der war lieber zum Bundestagsempfang geeilt, wo ein Festakt zu Ehren von 50 Jahren Bundeswehr stattfand, mit Politikern, Bundeswehrgenerälen und Nato-Vertretern. Schäfer entwickelte dort keineswegs die angekündigten »Formen des Protestes«, sondern prostete der versammelten Kriegstreiberschar zu.

Schon zu diesem Zeitpunkt musste man sich fragen, was die Fraktion bewogen haben mag, gerade diesen Abgeordneten zum verteidigungspolitischen Sprecher zu machen.

Soviel zur außerparlamentarischen Tätigkeit. Ähnlich ambivalent sieht es bei den parlamentarischen Initiativen aus. Auf der einen Seite greift die Fraktion friedenspolitisch relevante Themen auf und artikuliert Dinge, die im Bundestag sonst kaum zu hören wären. Das gilt etwa für die Teilhabe der

Bundesregierung an Folter und die Bereitstellung deutscher Flughäfen und des Luftraums für die Folterflüge der CIA; das gilt für den Bundeswehrein-satz im Innern; das gilt für die Aktivitäten von BND-Agenten in Bagdad während des Golfkrieges. In Presseerklärungen, Anfragen an die Bundesregierung, Entschließungsanträgen, Reden, im Verteidigungs-, Außen- und Innenausschuss werden jetzt von PolitikerInnen Beiträge geliefert, die in der Medienlandschaft nun einmal aufgrund ihres parlamentarischen Status' mehr Gehör finden als diejenigen von nebenberuflichen oder ehrenamtlichen FriedensaktivistInnen. Außerdem lässt sich bei manchen Abgeordneten eine große Aufgeschlossenheit gegenüber der Friedensbewegung feststellen. Diese kann über einige Abgeordnete selbst Themen lancieren oder zumindest Anstöße liefern – nur ein Beispiel: die Wehrungerechtigkeit wird von der Fraktion thematisiert. Die Infrastruktur der Bundestagsbüros, der privilegierte Zugang der Abgeordneten zu Informationen aus dem Militär- und sonstigen Repressionsapparat, ihre parlamentarischen wie medialen Interventionsmöglichkeiten – aus all dem zieht die Friedensbewegung einigen Nutzen.

#### ■ Vorsicht: Rohrkrepiierer

Auf der anderen Seite muss die Friedensbewegung aufpassen, dass sie sich nicht zu sehr auf die Linksfraction einlässt. Diese Geschichte könnte sehr rasch zum Rohrkrepiierer werden. Nach ein paar Wochen Parlamentstätigkeit ist unverkennbar, dass der im Wahlkampf so scheinbar feste antimilitaristische Standpunkt bereits aufgeweicht ist.

Der erste parlamentarische Schritt war ein Entschließungsantrag vom 29. November. Darin wurde gefordert, den Personalumfang der Bundes-

wehr auf 100.000 festzuschreiben, »Rüstungsexporte außerhalb des Nato-Vertragsgebietes« zu verbieten und »Kriegseinsätze der Bundeswehr« zu beenden. Wozu braucht jemand 100.000 Bundeswehrsoldaten? Wieso sollen die NATO-Staaten weiterhin Rüstungsgüter erhalten, die sie bekanntlich an alle möglichen Staaten weiterverkaufen, wenn sie sie nicht grade selbst zum Kriegführen brauchen? Wieso wurde nicht die einzig konsequente Forderung nach Verbot von Rüstungsproduktion erhoben?

Am 5. Dezember forderte die Fraktion in einem Antrag, die Militärmission der EU in Bosnien-Herzegowina durch eine Polizeimission abzulösen, die ebenfalls unter EU-Kommando laufen soll. Besser ist das nicht: Die Ersetzung von Militär- durch Polizeimissionen gehört zur Strategie der EU, schwerer wiegt noch, dass Polizeieinsätze im Unterschied zu Bundeswehreinheiten nicht vom Parlament beschlossen und beendet werden müssen. Der Antrag lief also darauf hinaus, der Bundesregierung freie Hand für den Einsatz von Bundespolizei, GSG 9 und anderen Polizeieinheiten zu geben. Kritik von Parteimitgliedern, es gebe noch gar keine innerparteiliche Beschlusslage zu Auslandseinsätzen der Polizei, verhallte ungehört.

## ■ Pro-Bundeswehr-Debatte

Was genau meint die Fraktion eigentlich, wenn sie von »Kriegseinsätzen« redet? Im Münsteraner Parteitagbeschluss war deutlicher von »Auslandseinsätzen« die Rede. Betreibt die Fraktion jetzt das gleiche rhetorische Spielchen wie die Bundesregierung und differenziert zwischen Kriegs- und angeblichen »Friedens-« oder »Stabilisierungseinsätzen«?

Dass genau dieses Hintertürchen gemeint sein könnte, zeigte sich bei der Abstimmung über den Sudan-Einsatz am 16. Dezember. Wenige Tage davor ließ Paul Schäfer ein Papier in der Fraktion herumgehen, in dem er in staatsmännischem Duktus Für und Wider des Einsatzes abwog. Eine Ablehnung durch die Fraktion erscheine »nicht plausibel und nicht verantwortbar«, grade so, als sei die Regierung auf die Stimmen der Linksfraktion angewiesen. Weiter: »Die Linke wird sich aber als kritische Opposition dazu positionieren müssen, dass sich UN-Blauhelmissionen unter bestimmten Voraussetzungen als notwendig und unausweichlich erweisen können ... Das verlangt allerdings auch, dass sich Die Linke mit der Frage beschäftigt, wie die Voraussetzungen für wirksame Blauhelmeinsätze beschaffen sein müssen. Und die Frage ist zu klären, wie eine deutsche Unterstützung dieser Einsätze aussehen könnte ... Die Linke wird ... nicht umhin können, sich diesen Fragen zu stellen und neu zu beantworten.«

Hier möchte jemand gerne mitregieren und tut bereits in der Opposition so, als trage er Regie-

rungsverantwortung. Mit seinem Papier hat Schäfer ein Ja eingefordert. Dass er dann real mit »nein« gestimmt hat, dürfte zwei Motive haben: Ein taktisches, weil er sich nicht die Blöße gibt, brüsk gegen geltende Parteibeschlüsse zu verstoßen. Und wohl auch ein persönliches; für »preußische« Disziplin hat sich der Mann schon des Öfteren ausgesprochen, und das meint wohl auch Parteidisziplin.

Nun ist Schäfer nicht alleine mit dieser Haltung. Andere beteiligen sich an dieser Pro-Bundeswehr-Debatte und führen schon mal ein Täuschungsmanöver durch. So wurde den Abgeordneten von Angehörigen des Fraktionsvorstandes erzählt, es gehe es ja bloß um sieben Soldaten. Eine Desinformation: Das Mandat gilt für 200. Wenn derzeit nur sieben tatsächlich benötigt werden, ist das eine Sache. Eine andere ist, dass die Regierung jederzeit, und ohne noch einmal das Parlament zu fragen, 193 weitere Soldaten entsenden kann. Außerdem, so hieß es in der Fraktion, seien die Bundeswehrsoldaten im Sudan ausschließlich aus Gründen des Selbstschutzes bewaffnet – auch das falsch: Das Mandat berechtigt sie zur »Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihres Auftrags«. Geschossen werden darf also, wenn jemand im Weg steht, nicht erst, wenn es ums eigene Leben geht. 14 von anwesenden 50 Linken enthielten sich bei der Abstimmung ihrer Stimme.

## ■ 14 Enthaltungen zu viel!

Wenn sich der Abgeordnete Bodo Ramelow per Leserbrief in der »jungen Welt« vom 20. Dezember gegen Kritik an diesem Abstimmungsverhalten wehrt und erklärt, die 14 Enthaltungen bedeuteten eine Absage an die militärische Logik, dann irrt er. Bei einer Partei, die mit klarem Antimilitarismus antrat, sind 14 Enthaltungen eben 14 Enthaltungen zu viel, es sind 14 Stimmen bzw. 28 Prozent der Fraktion, die vom eindeutigen Antimilitarismus Abstand nehmen und sich der militärischen Logik annähern.

Die Presseerklärung von Paul Schäfer zum Thema »AWACS-Einsatz bei der Fußball-Weltmeisterschaft« vom 6. Januar weist ebenfalls in diese Richtung. Erneut gibt Schäfer den Staatsmann und denkt darüber nach, unter welchen Umständen die Bundeswehr im Inland eingesetzt werden solle, und zwar nicht nur in Form der AWACS, sondern auch in Form von Jagdflugzeugen. Deren Einsatz lehnt Schäfer keineswegs ab – er fordert nur, dass dabei die »Verhältnismäßigkeit der Mittel« gewahrt werden solle. Auf so einen Kriegseinsatz hat die Menschheit nun gerade noch gewartet!

Das Problem darf natürlich nicht auf Paul Schäfer reduziert werden. Es geht um die Grundfrage, dass ein starker Flügel der Fraktion so früh wie möglich seine Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen und lästigen Ballast über Bord werfen will, wozu auch der Antimilitarismus gehört. Lieber

heute schon umfallen, damit es morgen keiner mehr merkt, lautet hier die Devise.

### ■ Funktionale Zwiespältigkeit - bekannt von den Grünen

Das ist wiederum nicht nur ein Problem, das die Friedensbewegung mit einem Realo-Flügel in der Linkspartei hat (hier sollte mitbedacht werden, dass es einen solchen Realo-Flügel auch in der Friedensbewegung gibt!). Die Ambivalenz, welche die Fraktion aufweist, ist nicht einfach ein Kampf »guter« gegen »böse« Abgeordnete. Diese Zwiespältigkeit ist vielmehr funktional: So wird mehreren WählerInnenschichten zugleich etwas geboten. Wir erinnern uns noch daran, wie Christian Ströbele jahrelang den »guten«, antimilitaristischen Grünen gab und zugleich im Wahlkampf Sei-

te an Seite mit der Kriegstreiber-Mehrheit seiner Partei stand. Deshalb gilt auch für die 36 Linksabgeordneten, die gegen den Sudan-Einsatz gestimmt haben: Solange sie sich einen verteidigungspolitischen Sprecher leisten, der Kriegseinsätze nicht ablehnt, sondern »gründliche Einzelfallprüfung«, nachzulesen in der »junge Welt« vom 21. Dezember, fordert und sie okay findet, wenn die »Verhältnismäßigkeit der Mittel« gewahrt bleibt, solange müssen sie sich größtes Misstrauen seitens der Friedensbewegung gefallen lassen. Vertrauen in die Prinzipienfestigkeit parlamentsorientierter Arbeit ist sowieso das Letzte, was AntimilitaristInnen haben sollten. Distanz zum Parteiwesen bleibt unerlässlich.

*René Schulz arbeitet im Umfeld des DFG-VK-Landesverbandes Berlin-Brandenburg.*



## Paul Schäfer

# Konsequent für Frieden und Abrüstung

## Replik auf René Schulz' Kritik

12

**K**ritik an der friedenspolitischen Arbeit der Linksfraktion im Bundestag? In Ordnung. Polemik? Geschenkt. Doch das eine oder andere inhaltliche Argument zur Unterfütterung in einer solchen Auseinandersetzung hätte man sich schon von René Schulz gewünscht. Eine selbstgefällige Bestätigung der eigenen Standpunkte hilft der Friedensbewegung nicht weiter.

Richtig ist natürlich, dass ich nicht überall dort war, wo mich René Schulz gerne gesehen hätte. Aber das ist kein Kriterium für glaubwürdige friedenspolitische Arbeit. Häufig war ich gerne dort, wo er vielleicht nicht war, wie z.B. beim Protest gegen den Großen Zapfenstreich in Köln am 21. September letzten Jahres oder jüngst bei der Montagkundgebung der Friedenskoordination vor dem Denkmal des Unbekannten Deserteurs in Potsdam am 6. März.

Auch richtig – aber auch genauso naiv – ist seine Bemerkung, dass sich eine Bewegung, also auch die Friedensbewegung, nicht zu sehr auf eine Partei einlassen soll. Ein gesundes Maß an Misstrauen gegenüber einer Regierung oder Parteien ist immer notwendig. Allerdings sollte man dafür nicht falsche Kausalitäten bemühen.

Als ersten Beleg für seine Skepsis und als Indiz für die vermeintliche Aufweichung »antimilitaristischer Standpunkte« bemüht René Schulz als »ersten parlamentarischen Schritt« unseren Entschließungsantrag zur Regierungserklärung von Frau

Merkel, in dem die Fraktion unter anderem forderte, die Wehrpflicht abzuschaffen, auf das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide zu verzichten, die Schnellen Eingreiftruppen der NATO, der EU und der Bundeswehr aufzulösen, die Kriegseinsätze der Bundeswehr zu beenden, die Bundeswehr auf strukturelle Angriffsunfähigkeit umzubauen und auf 100.000 Angehörige zu reduzieren.

Eine solche Reduzierung würde die Bundeswehr um mehr als die Hälfte verkleinern und wäre in Verbindung mit der angestrebten Umorientierung (Verteidigungsauftrag, Nichtangriffsfähigkeit) eine sehr einschneidende Abrüstungsmaßnahme. Nun kann man über den Sinn dieser Reformforderung ja trefflich innerhalb der Friedensbewegung und auch mit anderen streiten – und ich bin sehr wohl für Neuüberlegungen offen –, nur daraus eine Verrats- und Umfallstory zu machen, wie bei René Schulz geschehen, ist abwegig. Das Gegenteil ist der Fall, denn die oben genannten Forderungen standen allesamt im Wahlprogramm der Linkspartei; dafür sind die Abgeordneten von über 4 Millionen Menschen gewählt worden!

### ■ Nowendige Differenzierung

Als ein weiteres Indiz für die Wankelmütigkeit dient ihm die Verwendung der Formulierung »Beendigung der Kriegseinsätze«. Die Fraktion soll damit auf dem besten Weg sein – wie die Bundesregie-